

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

No. 3.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 60 Pf. Eingetragen in die Postverzeichnisse Nr. 6178.

Hannover,
Sonnabend, 10. Februar 1900.

Inserate kosten pro gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf. Offertenannahme 10 Pf. Redaktion: Beinstr. 31. Verlag: Nikolaitz. 46.

9. Jahrg.

Die Gewerbeordnungs-Novelle.

III.

Zunächst wurde über die Mindestruhezeit und Mittagspause verhandelt, die die Konservativen auf die Regierungsvorschläge zurückgeschraubt wissen wollten, während unsere Abgeordneten eine 12stündige Mindestruhezeit und 2stündige Mittagspause forderten. Der Abgeordnete Rosenow war als Kaufmann in der Lage, über haarsträubende Mißstände im Handelsgewerbe, über lange Arbeitszeit, ungehörige Kontraktbestimmungen und elende Gehälter zu berichten. Graf v. Posadowsky gab diese Mißstände, die er als eingewurzelte bezeichnete, zwar zu, indes verwarf er allzu scharfe Eingriffe und ironisierte über die Sozialdemokraten ob ihrer weitergehenden Anträge als „Kraftmenschen“. Seine Behauptung, daß ein Mensch mit 12stündiger Ruhezeit fast eine Rentierexistenz führe, fand nur auf der rechten Seite Zustimmung, obgleich die Leute da drüben gewiß noch keine 12 Stunden täglich gearbeitet haben. Es nützte jedoch dem Minister nichts, daß er gegen die Kommissionsbeschlüsse Bedenken erbrachte, die Reichstagsmehrheit stimmte diesen zu und nahm sogar einen sozialdemokratischen Antrag an, der obligatorisch die Gewährung ausreichender Sitzgelegenheit vorschreibt.

Den folgenden Kommissionsbeschlüssen, fakultativ-obligatorischer Ladenschluß zwischen 8-6, bezw. 9 bis 7 Uhr Nachts, nach Zustimmung einer Zweidrittelmehrheit der beteiligten Geschäftsinhaber der betreffenden Branche und Gemeinde, sowie obligatorischer Ladenschluß zwischen 9-5 Uhr Nachts, Ausnahmen für 40 polizeilich vorherbestimmte Läden im Jahre, sowie für sonstige Läden, die die Sozialdemokraten die Forderung des obligatorischen Ladenschlusses zwischen 8-5 Uhr Nachts (Sonnabends Ladenschluß bis 9 Uhr), sowie des obligatorischen Betriebsschlusses der Fabriken und Werkstätten an Vorabenden der Sonn- und Feiertage um 4 Uhr gegenüber. Sie begründeten dies damit, daß selbst die maßgebenden Organisationen der Handlungsgesellschaften für diese Forderung der Reichskommission für Arbeiterstatistik eingetreten seien. Der frühere Werkstättenbeschluß am Sonnabend sei in England allgemein üblich und ermögliche es den Arbeitern, ihre Bedürfnisse früher als in den Abendstunden einzukaufen und sogar ihrer Bildung, dem Familienleben, Sport u. s. w. obzuliegen. Sogar Stöcker stimmte dem zu, während sich beim Sozialpolitiker Köstke noch mancherlei Bedenken gegen eine obligatorische Ladenschlußzeit regten. Auch Graf v. Posadowsky bezeichnete den Nacht- und Ladenschluß sozialpolitisch für das Rechtstige und führte als Beweis der Durchführbarkeit sogar die Tatsache an, daß es in England sogar gelungen sei, durch freie Vereinbarung die Geschäfte einzelner Branchen sogar an einem Wochennachmittag zu schließen. Gleichwohl hätte er es lieber gesehen, diesmal von einem Obligatorium noch Abstand zu nehmen, er behielt sich eine endgültige Erklärung der Regierungen für die dritte Lesung vor. Die sozialdemokratischen Anträge wurden auch hier abgelehnt, aber die Kommissionsbeschlüsse fanden die Mehrheit, womit der obligatorische Neunhuladenschluß gesichert ist.

Am 1. Dezember hat die sozialdemokratische Fraktion der bürgerlichen Reichstagsmehrheit, welche die Zucht-hausvorlage begraben und die Arbeiter ihrer ungeheilten Sympathien für den Schutz des Koalitionsrechts versichert hatte, die Gelegenheit, das Koalitionsrecht gegen alle reaktionären Angriffe der Unternehmer, Behörden und Gerichte wirklich zu sichern. Ueber den Gesekentwurf ist in diesem Blatte schon berichtet worden, ebenso über den Ausgang der Verhandlung, der die Arbeiterfreundlichkeit der bürgerlichen Koalitionsfreunde ein für alle Mal zerstörte. Diese hatten die Absicht, sich der unbequemen Anträge durch eine Reihe kurzer Erklärungen ohne Debatte zu entledigen. Durch das Ungeheuer der Konservativen, die sich am Zentrum wegen dessen Ablehnung der Zucht-hausvorlage rieben und die tatsächlich vorgekommenen Vereinsgesetz-Bergehen des Bundes der Landwirthe in Abrede stellten, kam es aber doch zu einer Redeschlacht, die ihren Höhepunkt erreichte, als Bebel und Herzfeld die mecklenburgische Regierung ob ihrer ausnahmegesetzlichen Präzedenzen gegen Arbeiterveranstaltungen festnagelten. Der mecklenburgische Bundesbevollmächtigte v. Derges glaubte, die Sozialdemokratie ohne Weiteres außer Gesetz und Recht stellen zu können, — aber das wurde ihm sogar von Dr. Dieber (Str.), vom mecklenburgisch-national-liberalen Vordirektor Basing und vom Freisinnigen

Bachnide stark verübelt, die ihm den guten Rath gaben, den Grundsatz „Gleiches Recht für Alle“ zu beachten. Singer bezeichnete diese Praxis der mecklenburgischen Regierung als Verfassungbruch. Die Arbeiterklasse wird aus dieser Verhandlung, die die wahre Stellung aller bürgerlichen Parteien zum Koalitionsrecht klarlegte, die nöthigen Lehren für künftige Wahlen ziehen.

Die dritte Reichstagslesung über die Gewerbe-Novelle am 6. Dezember brachte nur zwei Aenderungen von einiger Bedeutung. Da wurde zunächst das fakultative Obligatorium für den einheitlichen Sonntags-Betriebsschluß der Barbiers und Friseure im Sinne bundesrätlicher Ermächtigung auf bestimmte Gewerbe“ ausgedehnt, sodas also derartige Vorschriften für jedes Gewerbe zulässig wären. Ein gesetzliches Obligatorium für Barbiers und Friseure wurde auch diesmal abgelehnt. Sodann schenkte der Reichstag der Versicherung des Grafen v. Posadowsky Glauben, daß die Angelegenheit der Gewährung von Sitzgelegenheit in Ladengeschäften durch eine Bundesratsverordnung geregelt werden soll und hob den entsprechenden Beschluß der zweiten Lesung auf. Alle übrigen Aenderungsanträge wurden abgelehnt. Das neue Gesetz soll am 1. Oktober 1900 in Kraft treten. Vielleicht liegt bis zu diesem Zeitpunkte eine neue Novelle vor. Stoff dazu ist ja überreichlich vorhanden. Namentlich der sanitäre Arbeiterschutz kann nur durch Reichsgesetz gründlich geregelt werden. Die Arbeiter werden nicht erlahmen, die Aufmerksamkeit immer von Neuem auf die Mißstände in gesundheitsgefährlichen Betrieben zu lenken.

Fabrik-Wohnungen.

I.

U. Die Bedenken der den Arbeitern seitens der Arbeitgeber gewährten Wohnungen zeigen sich beim gegenwärtigen böhmisch-mährischen Kohlenarbeiterstreik in deutlichster Weise. Die Arbeiter fordern dort den Achtstundentag, die Einführung eines Minimallohnes, kürzere Lohnrisiken und noch einige Kleinigkeiten. Die Grubenbesitzer, die zu den reichsten Geschlechtern gehören, lehnen die Forderungen brüsk ab und lassen es auf einen Kampf ankommen, der jetzt in vollem Zuge ist. Und um die streikenden Arbeiter einzuschüchtern, drohen die Unternehmer, sie aus den Werkswohnungen heraus auf die Straße zu werfen, Tausende von Arbeiterfamilien obdachlos zu machen. Es ist ja nicht das erste Mal, daß das Unternehmertum in solcher Weise seine Doppelmacht als Arbeitgeber und Grundherr benutzt, um jede Bewegungsfreiheit der Arbeiter zu ersticken; gerade bei Bergarbeiterstreiks ist dies noch jedes Mal geschehen, im Rheinland, in Oberschlesien und erst vor 1 1/2 Jahren noch von der Georg-Marienhütte gelegentlich des Streiks der christlichen Bergarbeiter am Riesberge. Schonungslos kam das Mittel während der großen Bergarbeiter- und Glasmacherkämpfe zu Anfang der 90er Jahre zur Anwendung, und es hat überall sein reichlich Theil dazu beigetragen, die Erbitterung zu steigern. Indes hat dieses Druckmittel in der Regel die von ihm erhoffte Wirkung versagt, da sich nur der kleinste Theil der Streikenden dadurch einschüchtern ließ, während es andererseits den Bekherten die Sympathien der Bevölkerung in vollem Maße zuwendete. Es hat den letzten Schleier der Arbeiterfreundlichkeit zerrissen und das Unternehmertum in seiner ganzen nackten Rücksichtslosigkeit offenbart; es hat dem einmal ausgetriebenen Arbeiter zwar seine Abhängigkeit vom Kapitalismus in vollstem Maße vor Augen geführt, ihn aber auch zum unversöhnlichsten Feind dieses Kapitalismus gemacht.

Trotz dieser üblen Erfahrungen auf beiden Seiten hat das System der Fabrik-Wohnungen im letzten Jahrzehnt bedeutende Fortschritte gemacht. Große industrielle Werke nehmen sich systematisch der Arbeiter-Wohnungsfrage an und gründen Arbeiter-Kolonien, Miethskafernen und Unterkunfthäuser für ledige Arbeiter. Jedes Jahr bringt neue Gründungen, und die Regierungen- und Gewerbe-Aufsichtsbehörden unterstützen nicht bloß diese Entwicklung, sondern regen sie sogar direkt an, indem sie die Fabrikanten zum Bau von Arbeiterhäusern anhalten. Bekhertes geschieht in der Regel dort, wo die örtliche Lage des Fabrikbetriebes große Entfernungen von bewohnten Orten aufweist oder wo für die plötzlich verstärkte Arbeiterzahl ausreichende Wohnungen nicht zur Verfügung stehen. Der Kapitalismus folgt den

billigen Arbeitslöhnen und den Bodenschätzen, den Quellen billiger Betriebskräfte, nicht zuletzt auch den billigen Bodenpreisen nach. Alte Fabriken werden aus der Großstadt aufs flache Land verlegt oder Filialbetriebe und neue Fabriken daselbst errichtet. Die Bequemlichkeiten des Betriebes, des Transportverkehrs, sind dabei maßgebender als die Rücksicht auf die Bequemlichkeit für die Arbeiter. Man tröstet sich, daß die Bekherten sich an stundenlange Wege gewöhnen, oder sich des Fahrrads, der Arbeiterzüge und anderer Beihilfen bedienen können, um schneller nach Hause zu gelangen. Allmählich macht sich aber doch das Bedürfnis nach Sicherung eines zuverlässigen Stammes von Arbeitern fühlbar, denn je weiter der Arbeiter vom Betriebe entfernt wohnt, desto unabhängiger ist er von der Macht-sphäre des Arbeitgebers. Die Errichtung eines ähnlichen Betriebes in seinem Wohnort oder in größerer Nähe desselben könnte ihm manche Arbeitskraft abwendig machen. Auch zwingt ihn die Heranziehung von qualifizierten Arbeitern aus weiteren Entfernungen, für diese und deren Angehörige Unterkommen zu beschaffen. So entstehen in der Nähe der Fabriken die ersten Fabrikquartiere, einzelne Häuser, deren Wohnungen der Unternehmer an Beamte oder Arbeiter seines Betriebes abgibt, theils frei, theils gegen Miethszahlung. Desterer versteht sich der Fabrikherr auch dazu, die Wünsche seiner Arbeiter nach eigenem Grund- und Hauswerb durch Vermittlung billigen Areal und günstiger Baubedingungen, Uebernahme einer Hypothek u. zu fördern, weil er auf diese Weise mit geringerem Aufwand eine Arbeitskraft weit länger an seinen Betrieb zu fesseln vermag, als durch Ueberlassung eines Wohnraums. Denn der ansässige Arbeiter hat sich noch stets als der konservativste und bittigste Arbeiter bewährt; er opfert seine Freizügigkeit zeitweilig, und seine Schuldenabhängigkeit sorgt dafür, daß er dem Unternehmer stets zu Willen ist. Wie könnte er es wagen, in einen Streit einzutreten, auf die Gefahr hin, daß ihm der Unternehmer die Hypothek kündigt und kein anderer Darleiher sich zu deren Ersatz bereit fände?

Brennender wird die Arbeiter-Wohnungsfrage, wenn der Betrieb sich ausdehnt, wenn er in günstiger Konjunktur Hunderte von Arbeitskräften heranzieht und dadurch die örtlichen Wohnungsverhältnisse unzureichend werden. Als gewöhnliche Begleiterscheinung zeigt sich dabei in der Regel ein Hinaussteigen der Miethspreise, die für die Arbeiter einen Anreiz zu höheren Lohnforderungen bilden. Da findet es mancher Unternehmer nicht bloß in seinem Fabrikanteninteresse, seine Leute der Ausmüherung der Grundbesitzer zu entziehen, sondern auch nicht unter seiner Würde, selbst Haus-agrarier zu werden und für seine Arbeiterwohnungen Miethen zu fordern, die den örtlichen nur um ein Geringes nachstehen.

Am weitesten ist das System in denjenigen Industrien fortgeschritten, die von der Ausbeutung der Bodenschätze oder bestimmter örtlicher Kraftquellen abhängig sind und zugleich Tausende von Arbeitskräften, zum Theil qualifizierte, zu ihrer Verfügung haben müssen (Berg- und Hüttenbetriebe, Steinbrüche, Ziegeleien, Glas-, Porzellan-, Tonwaaren-, Zement-, Kalkfabriken u.). Hier nehmen die Arbeiterkolonien oft den Umfang ganzer Dörfer ein. In den Berggebieten gehört die Erde mit Allem, was darin und darauf ist, der Grubengesellschaft; der Arbeiter, auf dem Grund und Boden seines künftigen Arbeitsherrn geboren, ist gleichsam ein Zubehör der Grube, ein Leibeigener, ein Lohn-sklave des Unternehmers. Ein Stück industrieller Feudalität entwickelt sich hier, despotischer als die junkerlichste Gutswirtschaft in Pommern und Preußen. Denn der ostelbische Landarbeiter ist immer nur ein Produkt seiner zurückgebliebenen Umgebung; der Gedanke der Freiheit, der Emanzipation und Koalition gelangt kaum bis in seine Hütte. Der Industriearbeiter in den Berg- und Hüttenbezirken wohnt inmitten einer aufgeklärten, revolutionären Arbeitererschaft; er darf sich koaliten, darf sich gegen sein Joch auflehnen, und doch hält ihn der Kapitalismus in völliger slavischer Abhängigkeit, zwingt ihn sogar zur Beschimpfung und Niedertrümpelung seiner Klassengenossen, die ihm durch Koalition sein Loos verbessern helfen wollen. Man denke an die koalitionsfeindliche Haltung der Bergleute im Mansfeldischen und im Ruhrgebiet, an die Knüppelprozesse von Sprenge und Esleben.

Und doch kommt der Tag, an dem auch diese von der Außenwelt künstlich abgeschlossene Arbeitererschaft das Entwürdigende ihrer Lage fühlt und sich gegen ihr Sklaventoch aufbäumt, entweder dadurch, daß sie sich,

wie jetzt in Böhmen und Mähren, der modernen kämpfenden Arbeiterbewegung anschließt, oder, wie im Vorjahre zu Bern, Emuteu auf eigene Faust versucht. Der Ausgang der letzteren zeigt, was von der Erhebung einer in Hoflichkeit und Höflichkeit erhaltenen Arbeiterklasse zu erwarten ist; bei organisierter, wohl disziplinierter Arbeiterbewegung wären Ausschreitungen, wie die zu Bern ereigneten, ausgeschlossen gewesen. So rächt sich ein gegen die Arbeiterkoalitionen gerichtetes Unterdrückungssystem schließlich an seinen eigenen Urhebern, wenn auch die armen behörten Arbeiter zuletzt den größten Schaden selber zu tragen hatten.

Vom sozialen Kampfplage.

An dem Streik der Bergarbeiter in Oesterreich sind insgesamt 57 000 Mann beteiligt. Die geforderten Forderungen sind die folgenden:

- a) Achtstündige Arbeitschicht für alle Arbeiter, inklusive Ein- und Ausfahrt, während jetzt die zehnstündige Arbeitschicht, inklusive Ein- und Ausfahrt besteht.
- b) Die Auszahlung der Löhne pro Woche. Jetzt wird der Lohn monatlich gezahlt, jedoch halbmonatlich eine approximative Abschlagszahlung gewährt.
- c) Festsetzung folgender Grundlöhne: für Häuer und Professionisten fl. 2, für ältere Hilfsarbeiter fl. 1,50, für jüngere Hilfsarbeiter 90 kr., für Tagelöhnerinnen 70 kr., für die obertägigen männlichen Tagelöhner fl. 1,20 pro Tag.
- d) Unentgeltliche Beistellung des Lichtes.
- e) Unentgeltliche Gewährung der Deputatlohn für den Hausbedarf.
- f) Regulierung der Ausfahrt in der Nachtschicht an Sonn- und Feiertagen.

Wenn auch nur ein Theil der im Streik befindlichen organisiert ist, so zeigt sich doch eine Einmütigkeit im Kampfe, wie sie nie zuvor vorhanden war. Der Streik übt auf das ganze wirtschaftliche Leben eine solche Wirkung aus, daß die Unternehmer trotz der bisherigen ablehnenden Haltung gezwungen sein werden, den Forderungen der Arbeiter in der Hauptsache nachzugeben.

Daß dies geschieht, liegt auch im Interesse der deutschen Arbeiterklasse. Deswegen wird diese im Eigeninteresse sowohl, als auch aus Solidaritätsgefühl bestrebt sein, die Streikenden insoweit zu unterstützen, daß die nothdürftigsten Substanzmittel beschafft werden können. Die Generalkommission erklärt sich bereit, für die streikenden Bergarbeiter bestimmte Unterstützung zur Ablieferung an die österreichische Gewerkschaftskommission in Empfang zu nehmen. Die Sendungen sind zu richten an

H. Köstle, Hamburg-Eimsbüttel, Bismarckstraße 10.

In Barmbevier sind am 1. Februar d. J. 2500 Bergleute in den Ausstand getreten. Sie fordern: 1. Zurücknahme der Maßregelungen, die wegen des den Arbeitern günstigen Ausfalls der Gewerkschaftswahlen erfolgt sind. 2. Wegen Angehörigkeit zur Organisation soll kein Arbeiter gemahnt werden. 3. 20 Prozent Lohnerhöhung. Die Arbeiter sind nur mangelhaft organisiert. Den Vorstellungen der Verbandsleitung, nicht zu streiken, schenken sie kein Gehör, weil der Terrorismus der Bergverwaltungen unerträglich für sie geworden war.

Die Haltung der Unternehmer vor den Arbeiter-Ausschüssen erscheint, wenn man folgendes Vorkommnis würdigt, in einem eigenen Lichte. Die Präzisions-Fabrikantenwerke von Sichel u. Sack in Schweinfurt kündigte eine Herabsetzung der Akkordlöhne um 15 bis 33 Proz. an und stellte an den Arbeiterausschuss die Anforderung, den Abzug vor den Arbeitern zu rechtfertigen und zu vertreten. Da sich dieser selbstverständlich weigerte, als Vertreter der Arbeiter dazu beizutragen, daß der Profit der Unternehmer sich erhöht, so wurden fünf Mitglieder des Ausschusses entlassen. Arbeiterfreundlich und gerecht ist ein solches Vorgehen nicht, aber es verpricht Profit.

Die Zahl der Streiks ist im Dezember gegen den Vormonat weiter zurückgegangen. Nach der Zusammenfassung der Berliner Halbmonatschrift 'Der Arbeitsmarkt' sei sie in Deutschland, Belgien und England von 74 auf 58. Große Ausstände waren nur in Frankreich zu verzeichnen. In Schinas (Departement Seine) streikten gegen 10 000 Weber, und bald nach ihnen waren 8 000 Bergleute in den Ausstand. In Danzig (Schlesien) streikten 800 jüdische Arbeiter einer Zündholzfabrik; die Mehrheit der Streikenden besteht aus Polacken. In Chicago hat ein Generalausstand in der Maschinenbau-Industrie begonnen, der von beiden Seiten mit großer Heftigkeit geführt wird. Viele Fabrikanten verlegen ihren Betrieb von Chicago hinweg auf plattes Land, um sich dem Einfluß der Arbeiter-Organisationen zu entziehen. Eine große Ausperrung droht den Steinbauern in Schweden. Die Arbeitgeber weigern sich, die von den Arbeitern verlangte Lohnregulierung vorzunehmen. Es kam daher in einzelnen Bezirken zum Ausstand. Die Fabrikanten erklärten sich nunmehr schuldig und hielten die Ausperrung in Aussicht. Die Bewegung ist für Deutschland deshalb wichtig, weil viele deutsche Großstädte einen großen Theil ihrer Maschinen von dem in Betracht kommenden Schweden beziehen.

Polizeiliches, Gerichtliches.

Bestimmte hat das Polizeipräsidium von Berlin die Einweisung der Mitglieder des Gewerkschafts-

vorstandes verlangt. Der Gewerkschafts-Kollege Schumann weigerte sich und so erfolgte Anklage. Fünf Termine sind bereits abgehalten worden. Am 13. Januar d. J. wurde Kollege Schumann zu 15 Mk. Geldstrafe verurtheilt. Der Gerichtshof stellte sich auf den Standpunkt, daß der Kollege jederzeit das Recht zusteht, jede Auskunft von Vereinen, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten befassen, verlangen zu können. Diefem Verlangen müsse jederzeit Folge gegeben werden. Da der Angeklagte als Leiter eines Vereines die Auskunft wiederholt verweigert hat, war er zu bestrafen. Gegen das Urtheil ist Revision angemeldet.

Konferenz des Ganes 12.

Abgehalten am 14. Januar 1900 zu Höchst a. M.

Der Gewerkschafts-Kollege Streb-Offenbach eröffnete um 11 Uhr die Konferenz und machte die Mittheilung, daß der Gewerkschafts-Kollege nach Höchst und nicht, wie auf der vorigen Konferenz gewünscht wurde, nach Dieblich einberufen habe, weil Höchst günstiger liege und von den einzelnen Zahlstellen leichter zu erreichen sei als Dieblich. Nachdem die Kollegen Streb als 1. Müller-Höchst als 2. Vorsitzender und Begegnungs-Offenbach als Schriftführer gewählt waren, wurde die Präsenzliste festgestellt.

Nach derselben waren folgende 20 Orte durch 29 Delegirte vertreten: Bürgel 1, Dieblich 1, Bodenheim 1, Dietelheim 1, Breitenheim 1, Frankfurt a. M. 3, Fintzen 1, Gonsenheim 1, Griesheim 2, Hainhausen 1, Homburg v. d. G. 2, Höchst a. M. 2, Heidenheim 1, Hechtelheim 1, Erbenheim, Kofenheim 1, Mainz 2, Mühlheim a. M. 2, Offenbach a. M. 3, Orlauf 1, Fiedenheim, Groß-Belheim, Sieben und Urberach hatten keine Delegirte geschickt.

Nach einer kurzen Begrüßung des 2. Vorsitzenden im Namen der Höchstler Kollegen ertheilte derselbe dem Kollegen Streb das Wort zu dem Bericht des Gewerkschafts-Kollege Streb über die Lage des Gewerkschafts in diesem Jahre große Fortschritte gemacht, indem er an neuen Zahlstellen wie auch an Mitgliedern bedeutend zugewonnen habe. Es sind im vergangenen Jahre 29 Versammlungen durch den Gewerkschafts-Kollege abgehalten, darin referierten Kollegen Träger 12 Mal, Kollege Streb 11 Mal, Kollegin Jick 4 Mal, Kollegen Marterkeig und Welsch je einmal. Außerdem wurden in Mitgliederversammlungen eine Reihe Vorträge gehalten, die hier nicht mit einbezogen sind. Neu gegründet wurden 11 Zahlstellen. Allen Anforderungen, die von Seiten der Zahlstellen an die Gewerkschaft gestellt wurden, wurde auch entsprochen. Redner beklagte es, daß die Berichte der einzelnen, besonders der neugegründeten Zahlstellen so spärlich einliefen, und dadurch sei auch die Zahlstelle Ober-Moden, die 140 Mitglieder zähle, eingegangen; hätte der Gewerkschafts-Kollege über den schlechten Stand der Zahlstelle erfahren, so hätte er keine Mühe gescheut, diese Zahlstelle zu erhalten. Einen erfreulichen Aufschwung habe Mainz genommen, das von 27 Mitgliedern im 1. Quartal auf 212 im 3. Quartal gekommen sei. Auch Offenbach und Heidenheim hatten großen Mitgliederzuwachs, ersteres 168, letzteres 65 neue Mitglieder. Wenn der Gewerkschaft mehr hätte leisten können und es nicht getan habe, so wäre der Hauptgrund die Geldfrage. Vor Allem sei er der Meinung, daß die 5 Prozent der an die Hauptkasse abgeleiteten $\frac{1}{2}$ -Beiträge unter allen Umständen an die Gewerkschaft abgeleitet werden müßten, und daß sei auch die Ansicht der Antragsteller (Antrag betreffs Gewerkschaft) auf dem letzten Verbandstage gewesen. Trotz dem verlange jetzt der Hauptvorstand, daß vor jeder Geldsendung erst ein Agitationsplan eingeleitet werden solle, welches, da die meisten Zahlstellen 3 bis 4 Tage vor ihrer anberaumten Versammlung dem Gewerkschafts-Kollege durch Verlangen von Plakaten, Sammelzetteln oder Referaten erst Mittheilung machen, zu den haltlosesten Zuständen führe. Wenn die Zahlstelle Offenbach keinen Hejerejonds besäße, hätten wir schon manche Versammlung ausfallen lassen müssen. Er richte deshalb die Bitte an die Zahlstellen, sich manches Mal der Kasse zu erinnern und etwas zu den Kosten beizutragen. Einige Zahlstellen haben zu den Kosten beigetragen, so Offenbach 25 Mk., Hainhausen 3 Mk., andere haben ihre Referaten bezahlt. Der Zahlstelle Mainz habe der Gewerkschaft 12 Mk. überwiesen, da dieselbe durch die Gründung von vier neuen Zahlstellen große Ausgaben hatte, und dieselbe von dem Hauptvorstande, als sie einen Beitrag zu den Kosten verlangte, an den Gewerkschafts-Kollege verwiesen wurde. Hoffentlich sei die Konferenz mit diesem Beschlusse des Gewerkschafts-Kollege einverstanden; bezahlte seien die 12 Mk. noch nicht, weil kein Geld vorhanden ist und war. — Hierauf erstattete Kollegin Frau Träger den Kassenbericht. Die Einnahmen betragen 343,62 Mk., wozur 300 Mk. vom Hauptvorstande und 43 Mk. von den Zahlstellen; die Ausgaben 333,55 Mk., somit verbleibt ein Kassenbestand von 10,07 Mk. Der Hauptanteil der Ausgaben, nahezu 200 Mk., fällt auf Versammlungen, das übrige für Verwaltung, Flugblätter, Sammelzettel u. s. w. — Streb theilte mit, daß der Gewerkschafts-Kollege den Hauptvorstand 227,98 Mk. zu beanspruchen hätte, nur hätte er den Kollege Beeg jänmliche Abrechnungen nachgeprüft und so die Summe von 248,08 Mk. erhalten, wäzuz ein Mehr von 20,10 Mk., welches eben dadurch entstanden sei, daß der Kassirer bei manchen Zahlstellen gar nichts, bei anderen zu wenig überreichte habe. (Der Kassirer hat die Ueberweisung an die Gewerkschaften nur bei den Zahlstellen gefordert und unterlassen, die über 33 $\frac{1}{2}$ Prozent bei den Lokalausgaben hinausgingen. Wir hoffen, für diese Maßnahme sowohl auf den Konferenzen als auch bei den Gewerkschaften Verständnis zu finden, denn diese Abzüge sind fast das einzige Mittel, die Zahlstellen zu Abrechnungen zu veranlassen, die auch dem Gewerkschaft geben, was des Verbandes ist. Die Abzüge unterbleiben, wenn für ordentliche Verrechnung der Lokalausgaben gesorgt wird. Deshalb bitten wir recht freundlich, auf den Konferenzen nicht zu jagen: Die Kollegen sollen dem Kassirer Abzüge machen. D. Red.) — Beeg-Offenbach erstattete den Bericht der Revisionen. Abrechnung Beeg und der Kassenbestand der Kasse seien immer in Ordnung gewesen, und er beantrage, der Kassirer in Entlastung zu stehen. — In der nun folgenden Diskussion kritisierte Bernhardt-Frankfurt, daß der Gewerkschaft die Umgebung von Offenbach nicht besser bearbeitet habe. Der Gewerkschafts-Kollege sei ohne Geld ein Ding ohne Hände und Füße. Der Zentralvorstand solle mehr Geld an die Gewerkschaft mit kleiner Zahlstellen senden, da die Gewerkschaft mit großen Zahlstellen ihre Agitation zum größten Theil aus ihren eigenen Lokalkassen zahlen könnten. Nach ihm er der Meinung, daß der Gewerkschaft die 12 Mk. nicht nach Mainz senden solle, die Mainzer Kollegen sollten dem Gewerkschafts-Kollege die 12 Mk. bei der Abrechnung abgeben (! D. R.), ihre Rechnung habe der Gewerkschaft auch nicht bezahlt; wenn ihre Zahlstelle nur 12 Mitglieder angenommen habe, so liege dies an den Verfolgungen, die sie durch die Polizei erleiden müße. — Streb-Offenbach bittet die Mainzer, nichts abzugeben; wenn der Gewerkschaft die Rechnungen der Frankfurter nicht bezahlte habe, so liege dies daran, daß, als diese Ausgaben gemacht wurden, die Gewerkschaft noch gar nicht existierte. — Sehlisch-Mainz erklärte, daß bei dem Gewerkschafts-Kollege Geld abgezogen hätten, jedoch sei von Hannover die Anforderung gekommen, jene Summe ebenfalls zu senden und sich an den Gewerkschafts-Kollege zu wenden. — Beeg-Offenbach ist der Meinung, daß was, was der Gewerkschafts-Kollege begehrt habe, der Gewerkschaft eigentlich nicht mehr unterbreitet werden solle zur Beschaffung. Hiergegen wendet sich die Kollegin Träger, die Delegirten würden sehen, daß das Geld nicht reiche, auch wolle sie nicht bekräftigen, daß die Gewerkschaft besser werden könne. Pflicht des nächsten

Verbandstages wäre es, diese Verbesserung vorzunehmen. — Spieß-Offenbach ist ebenfalls der Meinung, daß dem Gewerkschafts-Kollege Geld zur Verfügung stehe. Er wies dem Gewerkschafts-Kollege Bernhardt juristisch, daß in der Umgebung von Offenbach nichts gefehlt sei; überall wäre bei Personen am Orte angefragt, aber in vielen Orten hätten sie nichts thun, weil die Hilfsarbeiter meistens noch zu indifferenz seien. Das Weiteren führte Redner aus, daß Offenbach durch den Sitz des Ganes keine Vortheile, sondern nur Nachteile habe, weil die besten Kräfte immer außerhalb auf Agitation seien. — Nachdem noch Wdelung-Mainz, Thoma-Frankfurt und Kollegin Ott-Gebdenheim gesprochen, welche Lehren aus der Erfahrung, einen energischen Protest nach Hannover zu senden, der Hauptvorstand solle nicht so kausferig sein mit dem Gelde und mehr zur Agitation hergeben, wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen und dem Gewerkschafts-Kollege der Kassirer Beeg ertheilt.

Den Punkt 2 der Tagesordnung: Bericht der Delegirten, beantragte Spieß-Offenbach von der Tagesordnung abzuheben. — Nachdem Bernhardt-Frankfurt gegen diesen Antrag gesprochen, wurde er abgelehnt und der Bericht der Delegirten entgegengenommen. — Müller-Höchst berichtete, daß sie durch die Verfolgungen der Polizei bis auf 50 Mitglieder herabgegangen seien. Er beschwerte sich, daß, nachdem sie ihr Höchst Strafmandate erhalten hätten und er bei dem Kollegen Beeg anfragte, ob er appelliren wolle, dieser ihm geantwortet habe, das solle er nicht thun, sondern seine Strafe bezahlen. Während nun die anderen Kollegen appellirten und vom Gericht in Wiesbaden freigesprochen wurden, habe er Frey gefolgt und seine Strafe bezahlt. Redner meint, man solle sich das Recht der Appellation nicht verkümmern lassen. Des Weiteren bemängelte er noch den Bericht, derselbe habe ja ganz gute Dienste geleistet, aber was er sein solle, sei er doch nicht. — Wdelung-Mainz berichtete über die verschiedenen Agitationen von Mainz. Durch Wirkgeschick und durch Fehler der früheren Leiter der Zahlstelle sei dieselbe bis auf 23 Mitglieder zurückgegangen; innerhalb des letzten halben Jahres sei sie jedoch durch eine überaus starke Agitation ihrerseits auf die Stufe gelangt, wie schon Kollege Streb mitgetheilt habe. Die Zahlstellen Griesheim mit 80, Breitenheim mit 70, Gonsenheim mit 50 und Fintzen mit 40 Mitgliedern seien ebenfalls von Mainzer Kollegen gegründet worden. Daß diese Agitation neben persönlichen Opfern der Wertheiligten auch die Lokalkasse sehr in Anspruch genommen habe, sei gewiß erklärlich. Um dem Fortwirken der Mitglieder etwas zu steuern, habe ihre Zahlstelle die Gründung einer Sterbekasse beschlossen, und hätten die umliegenden Zahlstellen ihre Mitwirkung zugesagt. Das Statut der Sterbekasse sei dem Verbande genau angepaßt, daß dasjenige Mitglied, welches aus dem Verbandsantritt oder ausgeschlossen werde, auch seine Ansprüche an die Sterbekasse verliere. Im laufenden Jahre, welches in Bezug auf Arbeitslosigkeit für Mainz ein sehr günstiges zu werden verspreche, werde auch ihrerseits ein kräftiger Vorstoß gemacht werden, und er sei der festen Ueberzeugung, daß es der jetzigen Leitung gelingen werde, die Zahlstelle aus einem Schmerzkind zu einer Hochburg unseres Verbandes heranzubilden. — Sehlisch-Mainz theilte noch mit, daß sie eine Besche in die dortigen Lederwerke geschossen hätten und auch dort großen Zuwachs erwarten dürften. — Wittlich-Homburg v. d. G. klagte über schlechte Entlohnung und schlechte Behandlung der dortigen Arbeiter, aber es sei nichts zu ändern, weil der Indifferentismus der Arbeiter ein zu großer sei. Ihre Zahlstelle habe nur 24 Mitglieder und sie hätten noch nicht einmal ein richtiges Lokal. — Sprenger-Gebdenheim theilte mit, daß ihre Zahlstelle seit September bestreite und jetzt 76 Mitglieder zähle; die Hauptfrage sei die Lokalfrage, es sei traurig, daß ein Ort mit überwiegender Arbeiterbevölkerung noch nicht einmal ein Lokal halten könnte. Die Arbeiter hätten es nicht für nöthig, sie hätten nur Sinn für Alkohol, jetzt während der Faschingszeit sei gar nichts zu machen. — Bernhardt-Frankfurt warnte die Mainzer Kollegen vor der Sterbekasse und forderte die Delegirten auf, Stellung zu nehmen gegen die vielen Verbände der Hilfsarbeiter, besonders verlange er vom Hauptvorstand, daß er Schritte thue, um eine Verschmelzung aller dieser Verbände in die Wege zu leiten. Auch sie hätten eine neue Zahlstelle, und zwar Griesheim gegründet. — Spieß-Bodenheim berichtete, ihre Zahlstelle habe einen Zuwachs von 33 Mitgliedern zu verzeichnen. Redner klagte über schlechten Besuch der Mitgliederversammlungen; die Bodenheimer beabsichtigten, sich der Frankfurter Zahlstelle anzuschließen. Hier wurden die Verhandlungen abgebrochen und in die Mittagspause eingetreten.

Nachmittags-Sitzung.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung berichtete Spieß-Offenbach, daß, obgleich sie 168 Mitglieder gewonnen, doch noch zu klagen hätten. Die Vereinskasse sei so groß, daß es nicht recht vordrücken gehen wolle. Er kritisierte, daß die Frankfurter Kollegen den Zementarbeitern eine eigene Sektion gegründet. Sektionen, die Redner für einen Fehler hält, gebe es bei ihnen nicht. Auch sollten sich die Frankfurter Kollegen einmal mit den Aufbaumachern befassen. — Hierauf erwiderte Bernhardt-Frankfurt, daß es einen Ziegelarbeiter-Verband gäbe, der diese Arbeiter zu sich ruffe, und um einen Zwiespalt zu vermeiden, hater sie dies unterlassen. — Streb-Offenbach erwiderte dem Kollegen Bernhardt, daß der Zusammenschluß aller Hilfsarbeiter erstrebenswerth sei und auch erstrebt werde. Sobald aber irgend ein Verband seine Existenzberechtigung bewiesen habe, dann könnten wir nichts machen. Er erinnere nur an den letzten Gewerkschafts-Kongress, wo man uns vorgeworfen habe, wir wollten durch unsere niedrigen Beiträge die Lederarbeiter in unseren Verband ziehen.

Nun wurde zum 3. Punkt der Tagesordnung, Anträge der Zahlstellen, übergegangen. Die Anträge Frankfurt, der Gewerkschaft in andere Hände gelangen zu lassen oder den Sitz desselben nach Frankfurt zu verlegen und, der Gewerkschafts-Kollege ein dritter Antrag Frankfurt, die heutige Gewerkschafts-Konferenz des Ganes 12 beschließen, den nächsten Verbandstag zu beauftragen, daß verhandelt wird, daß so bald wie möglich eine Einigung unter den verschiedenen Verbänden der Hilfsarbeiter erzielt werden möge, wurde einstimmig angenommen. Ueber den Antrag Mainz, die Gewerkschafts-Konferenz solle beschließen, auf dem nächsten Verbandstag den Antrag zu stellen, die Gewerkschafts-Konferenz dahingehend weiter auszubilden, daß die Zahlstellen ihre Abrechnung zunächst an den Gewerkschafts-Kollege, der Gewerkschafts-Kollege wiederum mit dem Zentralvorstande ab-, entspreche sich eine lebhafteste Debatte. — Bernhardt-Frankfurt warnte davor, Experimente jetzt schon an der Gewerkschaft vorzunehmen. — Streb stellte einen Vermittlungs-Antrag: Den Antrag Mainz zur Kenntniß zu nehmen und dem Antragsteller anheimzugeben, den Antrag im 'Proletariat' zur Diskussion zu stellen. — Wdelung-Mainz hat um Annahme seines Antrages, bei der Buchdruckerei habe sich die gleiche Einrichtung gut bewährt. — Der Antrag wurde mit 17 Stimmen angenommen. — Der Antrag Bodenheim und Mainz, in Anbetracht dessen, daß die 5 Prozent, die den Gewerkschaften überwiesen werden, zu einer erfolgreichen Agitation nicht ausreichen und daß der Verbandsvorstand die Besuche der einzelnen Zahlstellen nicht berücksichtigt, sondern dieselben an die Gewerkschaft, ersucht die Konferenz des Ganes 12 den nächsten Verbandstag, den Beitrag für die Gewerkschaft von 5 Prozent auf 10 Prozent zu erhöhen, um eine bessere Agitation betreiben zu können, was einstimmig angenommen. Die Anträge Dieblich, alle Vierteljahre ein den Verhältnissen sich anpassendes Flugblatt herauszugeben und, eine gewerkschaftliche Agitationschule ins Leben zu rufen, wurden abgelehnt. Sodann war nachfolgender Antrag eingegangen: Die Verabschiedung der Gewerkschafts-Konferenz soll in der

Weise geregelt werden, daß die Zahlstellen bis 50 Mitglieder 1 Delegierten, für jedes angefangene weitere Hundert einen weiteren Delegierten zu geben haben. Dieser Antrag wurde ebenfalls nach kurzer Debatte abgelehnt und es bei dem jetzigen Stande belassen. — Als Sitz des Bundes wurde Offenbach wieder gewählt. — Die nächste Bundeskonferenz wird in Gießen abgehalten. Damit war die Tagesordnung erledigt.

In seinem Schlußwort gab der Vorsitzende Kollege Strauß einen Überblick über die Verhandlungen und forderte die Kollegen und Kollegen zur ferneren Mitarbeiterschaft an der Ausbreitung unseres Verbandes auf und schloß mit einem Hoch auf unseren Verband die Konferenz.

Korrespondenzen.

Wien. Am 14. Januar tagte im Vereinslokal unsere Mitgliederversammlung. Die vorgeschriebene Tagesordnung ergab eine Einnahme von 121,30 Mk. Nach Abzug aller Ausgaben verblieb ein Bestand von 349 Mk. Auf Antrag der Revisionen wurde der zweite Beschlüß bestätigt. Zur Bearbeitung einer Statistik über Lohn- und Arbeitsverhältnisse wurde eine elfgliedrige Kommission gewählt. Dann befaßte sich die Versammlung mit dem Entwurf eines Geschäftsreglements, die geeignet waren, den Verband zu schärfen. Der Entwurf hat sich eigenmächtig aus der Mitgliedschaft getrennt, nachdem er zwei Wochenbeiträge bezahlt hatte. Bedingt zur Entschädigung seiner eigenen mangelhaften Uebersetzung wurde er von dem ehrenrührigen Neben über unseren Verbandsvorsitzenden geführt und unserer Bevollmächtigten nachgelegt, er wolle auf Kosten des Verbandes Geldstrafen zahlen. Bis auf Weiteres wird Kollege Dietrich die Beiträge kassieren.

Dresden. Am 21. Januar tagte eine öffentliche Versammlung unseres Verbandes in Witten's Gasthaus, Greibergplatz. Im 1. Punkt der Tagesordnung ergoß Kollege Th. das Wort und führte aus, daß ihm in letzter Zeit verschiedene Klagen und Wünsche von Seiten der Kollegen über die Fassung mehrerer Paragraphen zu Ohren gekommen seien. Er beantragte, eine Kommission zu wählen, welche Vorschläge zu Statutenänderungen anzunehmen und dem nächsten Verbandstage zu unterbreiten habe. Zum 2. Punkt gab der Vertrauensmann den Kassenbericht. Es ist eine Einnahme von 317,19 Mk. und eine Ausgabe von 224,30 Mk. zu verzeichnen. Der Vertrauensmann forderte die Kollegen, welche mit ihren Beiträgen im Rückstand sind, auf, diese bald zu begleichen und sich pünktlicher bei der Zahlung der Streifen zu zeigen. Unter „Gewerkschaftliches“ kritisierte ein Kollege die Behandlung der Arbeiter auf der Dresdener Papierfabrik durch den Direktor. Es wäre zu wünschen, daß die dortigen Kollegen sich reger an ihrer Gewerkschaft beteiligen, dann würden auch die angeregten Mißstände bald abgehoben sein.

Chemnitz. In der am 13. Januar abgehaltenen Versammlung legte zunächst der Kollege Schmitt die Abrechnung vom 4. Quartal vor. Aus derselben ist zu ersehen, daß unsere Mitgliederzahl leider bis auf 164 herabgesunken ist. Sodann hielt der Genosse Zeißler aus Hamburg einen Vortrag über: „Die sozialen Verhältnisse im alten Rom“. Zu Kartelldelegierten wurden die Kollegen Weßmann und Biehl gewählt. Wenn man sich das Verhalten der Elmspörner Kollegen beseht, so könnte man annehmen, daß sie in der besten der Welten leben. Namentlich ist der Besessenenbesitzer ein trauriger zu nennen, ganze 30-40 Kollegen halten es für der Mühe wert, in den Versammlungen zu erscheinen, obgleich ihnen in den meisten Versammlungen gewiß Bekehrtes geboten wird durch Worträge u. s. w. Aber noch mehr muß man sich wundern, daß die Kollegen, die früher an der Spitze der Organisation standen, uns jetzt vielfach den Rücken kehren. Kollegen und Kolleginnen, Eure Lage bedarf doch gewiß dringend der Besserung, denn in Folge des „Zugzwangs“ der Arbeiter vom Lande und aus den östlichen Provinzen kehrt den Unternehmern ein gefährliches Angebot zur Verfügung. Deshalb sind es gerade die ungelerneten Arbeiter, welche am meisten unter Arbeitslosigkeit, sowie unter schlechter Behandlung und Entlohnung von Seiten der Unternehmer zu leiden haben. Eine Besserung kann nur durch eine gute Organisation geschaffen werden. Wir richten deshalb an alle Kollegen, die es noch ehrlich mit unserer Sache meinen, die Mahnung, werbt eifrig neue Mitglieder für unsern Verband. Sorgt aber auch dafür, daß unsere Versammlungen besser besucht werden, damit wir gegenseitig unsere Meinungen austauschen können, dann sind wir auch in der Lage, bessere Zustände zu schaffen.

Esslingen. Am 20. Januar tagte unsere Versammlung im Lokal zu den drei Königen und war diese erfreulicher Weise von fast allen Kollegen besucht. Der Kollege Schaible erörterte die Entwicklung der Zahlstellen im verfloßenen Jahre. Neben manchem Erfreulichen war da auch manches Betrübenes anzuführen, dazu gehört das Verhalten der Vermittler, welche in einer Zahl von 27 dem Verbands angehörten und als ihr Arbeitgeber sie vor die Wahl stellten, aus dem Verbands auszutreten oder entlassen zu werden, dem Verbands Walet sagten. Nur drei Kollegen gaben ihr Recht, sich zu vereinigen, nicht preis. Diese wollen auch versuchen, die übrigen wieder dem Verbands zurückzugewinnen. Darauf wurden die Bevollmächtigten und Revisionen in Vorschlag gebracht. Zu Delegierten in das Gewerkschaftskartell wurden die Kollegen Schaible und Krieger gewählt. Mit der Vertretung der Zahlstelle auf der Konferenz in Ludwigshafen wurde Schaible beauftragt.

Hausburg. Die Abrechnung der Sterbefälle wurde in der Versammlung am 4. Januar vorgenommen. Die Einnahme belief sich auf 199,03 Mk., die Ausgabe auf 105,61 Mk., mithin bleibt ein Bestand von 93,42 Mk. — Ueber das Ueberhandnehmen der Fremdarbeit auf dem Eisenbau referierte am 18. Januar Kollege Engelbrechten und forderte Abhilfe. Eine lebhafteste Debatte rief die Regelung der Sterbefälle hervor. Es wurde beschlossen, daß „jedem Mitglied so viel Sterbegeld ausgezahlt wird, als Mitglieder in der Sterbefälle sind“. Die Extrasteuern, welche letzter 5 Pf. betragen hat, wird auf 10 Pf. erhöht und soll bei Sterbefällen Kranz, Sarg und Wundt bezahlt werden. Nach dem Kartellbericht verhandelte das Kartell in seiner letzten Sitzung einen Antrag, der für uns von Wichtigkeit war. Dieser lautete: „Wie stellen sich die Organisationen der gewerblichen Arbeiter der Organisation des ungelerneten Arbeiter gegenüber?“ Es wurde, den Antrag begründend, angeführt, daß man versucht habe, unter Anwendung falscher Mittel die ungelerneten Arbeiter in die Organisationen der gelerneten Arbeiter hineinzuziehen. Das Kartell beschloß, in Zukunft derartiger Agitation Gehalt zu bieten, weil sonst die allgemeinen gemeinschaftlichen Bestrebungen leidend mühen. — Am 14. Januar tagte eine öffentliche Versammlung in dem benachbarten Pariser, in der Kollege Lust über das Thema referierte: „Die Entwicklung des Arbeiterbewegens und die soziale Lage der Landarbeiter“. Redner erörterte eingehend die traurige Lage der Landarbeiter, seine einstündigen Ausführungen wurden mit Beifall entgegen genommen.

Frankenthal. Ueber „Die materiellen Interessen der organisierten Arbeiter“ referierte in der Versammlung am 14. Januar der Genosse Siegel. Redner führte aus, daß die Organisationen schon eine ganze Anzahl Errungenschaften aufzuweisen haben, Verbesserungen der Arbeitsbedingungen als auch Einführung von Unterstützungsvereinen. Die Organisation der Gewerkschaftsgerichte sei wesentlich auf die Tätigkeit der organisierten Arbeiter zurückzuführen. Es liegt nun im Interesse der Fortentwicklung der Organisationen, daß jeder Arbeiter sich den Ausbau der Organisation und Gewinnung neuer Mitglieder thätig sei. Dabei empfehle sich ruhiges, sinniges Vorgehen. Ueber die Tätigkeit des Gewerkschaftskartells sprach Genosse Heinz. Es ist die Er-

richtung einer Zentralbehörde geplant und hierzu eine Kommission von 3 Personen gewählt. Nach Bewilligung von 25 Mk. für auswärtige Streikende wurde dem Kollege geführt über die Zahlstellen, die auf höchsten Fabriken herrschen. Zum Schluß wurde sich der Referent noch einmal an die Anwesenden mit einem warmen Appell, der hauptsächlich seine Wirkung nicht verfehlt hat.

Chemnitz. Am 12. Januar tagte unsere Versammlung im Lokal des Herrn Schreiber. Nach Besichtigung der in jeder Versammlung nach zu erledigenden Geschäfte wurde die Abrechnung vom 4. Quartal vorgelegt; da Alles in Ordnung war, wurde dem Bevollmächtigten Entlastung erteilt. Nach der Entgegennahme des Berichts vom Gewerkschaftskartell wurde beschlossen, in der nächsten Versammlung darüber zu berichten, ob organisierte oder unorganisierte Arbeiter und Arbeiter beschäftigt werden sollen. Als Delegierte zum Kartell wurden die Kollegen J. Barth, Joh. Juch und E. Reimann gewählt. Unter „Berichtendes“ wurde dem Kollegen J. Martens, der in der Revisionen beschäftigt ist und in Lohnfragen geriet, Unterstützung bewilligt.

Grüschheim a. M. Unsere Zahlstelle hat, trotzdem sie erst vor kurzer Zeit gegründet ist, schon einen bedeutenden Bestand zu verzeichnen, der materiell und moralisch empfindlich ist. Die Zahlstellen sind in dem Charakterverhältnissen des ersten Beschlüßes. Dieser — Josef Müller, geboren am 19. Juni 1875, zu Kadenbach (Mühlbach), aufgenommen am 21. Juni 1899, am 19. August 1899, Buch Nr. S II 67436 — hat Verbandsgebühren unterlassen und wurde deshalb ausgeschlossen werden. Aber auch dieser Schlag wird nicht geeignet sein, uns in unserem Vorwärt zu erhalten.

Walle a. S. Coeswaded, den 20. Januar, tagte in Rantow's Gasthaus unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Unter Punkt 1 referierte der 1. Bevollmächtigte über das bei der Firma Walle u. Wonsell im Auftrage stehende Streik und ermahnte die dort beschäftigten Kollegen, treu und fest zu stehen zu halten. Die Kollegen gaben dem auch das Versprechen, Solidarität zu üben. Ein Antrag, die Entschädigung des 2. Bevollmächtigten um 10 Mk. zu kürzen, wurde abgelehnt. Es wurde ein Beschluß gefaßt, welcher den Bevollmächtigten die Befugnis, eigenmächtig Geldsummen zu bewilligen, im Allgemeinen nimmt und sie nur auf dringende Fälle beschränkt. Die beiden früheren Bevollmächtigten sollen zur nächsten Versammlung eingeladen werden. Die Wahl eines Hilfskassiers fiel auf den Kollegen Jägermann. Zum Schluß wurde die Abhaltung eines Festes beschlossen und 5 Personen zur Erleichterung der Vorarbeiten gewählt.

Hamburg-St. Georg. In der am 10. Januar bei Sommer, Nagelweg 31, abgehaltenen Mitgliederversammlung hielt Frau Juch einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über „Gewerkschaftliche Organisation“ und empfahl dessen Werte zu lesen. Die Abrechnung der Verbandskasse vom 4. Quartal balanzierte im Einnahme und Ausgabe mit 536,97 Mk. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 733,44 Mk. und eine Ausgabe von 129,90 Mk. Dem zweiten Bevollmächtigten wurde die richtige Buchführung Entlastung erteilt. Kollege Reintz erstattete Bericht vom Gewerkschaftskartell. Dann wurde beschlossen, eine Anzahl Broschüren: „Pflichten und Rechte des Arbeiters“ bei der Lohnkommission zu bestellen, die für 20 Pf. verausgabt werden sollen. Das Wintervergnügen, welches am 17. Februar stattfinden sollte, wurde bis zum 17. März verschoben und wird dann bei Heier in Gamm abgehalten. Hierauf wurde beschlossen, ein Sommervergnügen abzuhalten und die Vorarbeiten hierzu dem Vorstand überlassen. Der Vorsitzende machte noch bekannt, daß die Kollegen, wenn sie Fortschritt und Freizugewinn in Anspruch nehmen, doch bei den Prinzipalen und deren Gehilfen die Kontrolle ausüben möchten, ob sich die rote Kontrollkarte in ihrem Besitz befindet. (Die rote Kontrollkarte ist der Ausweis über die Verbandsangehörigkeit. Gehälte, in denen sie nicht vorgezeigt werden kann, sind zu meiden.) Hierauf wurde einstimmig das Hilfskassier gewählt.

Hamburg-Eimsbü. Am 25. Januar tagte unsere Mitgliederversammlung bei Frau Wandsbeler-Schäufel 162. Die Abrechnung vom 4. Quartal ergab eine Einnahme von 244,10 Mk., Ausgabe 150,90 Mk., bleibt Kassenbestand 93,20 Mk. Die Abrechnung vom Selbstvergnügen ergab eine Einnahme von 231,20 Mk., Ausgabe 186,05 Mk., Ueberschuß 45,15 Mk. Hierauf wurde dem Kollegen Klinger Decharge erteilt. Im 2. Punkt, Wahlen, wurde für Mühlhüt, welcher seinen Posten als Hilfskassier niederlegen will, Einzelmann gewählt, ferner wurden Karstens und Klemow in die Unterstützungscommission gewählt, wobei diese nun aus 4 Kollegen besteht. Im Punkt 3, Lokalkasse, theilt Schirr mit, daß verschiedene Mißstände und Besorgnisse haben, die Lokalkasse zu erörtern; nach einer kurzen Debatte wurde eine Kommission von 4 Kollegen gewählt, welche sich nach einem anderen Lokal umsehen und in der nächsten Versammlung Bericht erstatten soll. Unter „Berichtendes“ wurde über Unterstützung eines in Noth gerathenen Kollegen gesprochen. Nachdem vom Vorsitzenden und von mehreren Kollegen darauf hingewiesen, daß wir keine Unterstützungsstelle hätten, da unsere Zahlstelle zu schwach sei und wir das Geld aus der Lokalkasse nehmen müßten, wurde auf Antrag Lunow beschlossen, den Hilfskassieren am Sonntag Sammelkästen an die Mitglieder mitzugeben. Nachdem Schirr noch bekannt gegeben, daß die Broschüre über: „Rechte und Pflichten der Arbeiter“ in Empfang zu nehmen sei, erfolgte um 11 Uhr Schluß der Versammlung.

Harburg. In der Mitgliederversammlung vom 9. Januar referierte Frau Juch über: „Gewerkschaftliche Organisation“, dem Redner noch einige Dichtungen Heine's eintrug, fand lebhaften Beifall. Im 2. Punkt gab Kollege Wilhelm L. den Kassenbericht vom 4. Quartal 1899. Die Einnahme der Zahlstelle betrug 2806,15 Mk., Ausgabe: an die Zentralkasse gelangt 1853,43 Mk., für Reiseunterstützung 36,77 Mk., bleibt ein Lokalkassenbestand von 915,95 Mk. Die Einnahme der Lokalkasse betrug 1112,37 Mk., die Ausgabe 514,30 Mk., bleibt Bestand 598,07 Mk. — Für den Creditfonds in Hannover wurden abgesetzt 196,60 Mk. Der Lokalkassen gegen Selbstvergnügen hatte eine Einnahme inf. Zinsen von 279,30 Mk., der jetzige Bestand ist 6911,85 Mk. Die Abrechnung vom Wintervergnügen ergab bei einer Einnahme von 401,90 Mk. einen Ueberschuß von 111,10 Mk. Unter „Berichtendes“ wurde beschlossen, alle Mitglieder der Zahlstelle Harburg, die böswillig oder aus wichtigen Gründen dem Verbands den Rücken kehren, am Schluß des Quartals zu verlesen. Hierauf wurden den ausständigen Formstücker 100 Mk. aus der Lokalkasse bewilligt.

Hildesheim. An der Ansperrung der Formstücker am hiesigen Orte sind auch zwei Hilfsarbeiter beteiligt, von denen einer Mitglied unseres Verbandes ist. Die Betroffenen erhielten bisher einen wöchentlichen Lohn von 15 Mk., dieser Lohnlag kann unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse für ungelernete Arbeiter immerhin als ein ordentlicher bezeichnet werden. Da die beiden Hilfsarbeiter bereits 3 bezw. 2 Jahre in dem Geschäft thätig waren und sich in Folge dessen einigermaßen eingearbeitet hatten, so war es jedenfalls nicht unbedenklich, wenn sie eine minimale Lohnanhebung forderten und sich in dieser Beziehung den Formstücker angeschlossen. Der Stand der Bewegung ist ja bekannt, alle Einigungsversuche sind bisher gescheitert und die Ansperrten halten geschlossen zusammen. In der vorigen Woche hat sich nun bei dem Formstückerprinzipal Herrn Schreiber ein Arbeiter für 9 Mk. pro Woche angeboten. Der Dabe Mühe war insofern vergeblich, als Herr Schreiber, da er jetzt keine Formstücker beschäftigt, auch keine Hilfsarbeiter nötig hat. Der betreffende Arbeiterwille ist verheiratet und hat eine zahlreiche Familie, wie derselbe unter solchen Umständen mit 9 Mk. auskommen will, ist uns ein Räthsel. Seine Lohnrückerei, wie in diesem Falle, verdient den höchsten Tadel und zeugt von wenig Solidaritätsgefühl.

Hassel. Am 27. Januar tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Kollege Graf gab einen kurzen Bericht über die Beschlüsse. Gemachte Beschlüsse wies der erste Bevollmächtigte, weil sie das Gebiet politischer Erörterungen freistellen, ab. Der Kollege Köpfer erstattete dann Bericht über die Tätigkeit des Gewerkschaftes. Hierauf wurde eine Anfrage gestellt, wie die Wahl der Vertreter zur allgemeinen Delegiertenkonferenz angefallen sei. (Eine Antwort auf diese Frage giebt der Bericht nicht, dafür werden Vorgänge bei der Wahl kritisiert. Mit diesen Beschlüssen müssen wir den Mann des „Proletariats“ nicht belächeln. Die Red.)

Wetzlar. Wie es in letzter Zeit immer gemein, konnten wir auch in unserer Mitgliederversammlung am 28. Januar wieder 14 neue Mitglieder als für den Verband gewonnen verzeichnen. Im 2. Punkt der Tagesordnung wurde mitgeteilt, daß dem Arbeitgeber der Lohnzettel, dessen Erfüllung wir zum 1. April zu erwarten, bereits zugesandt sei. Im folgenden Punkte wurde beschlossen, eine Vereinskasse anzuschaffen, deren Einnahme am 16. September, als dem Tage unseres Stichtagsfestes, vollzogen werden soll. Die hierzu nötigen Gelder sollen durch freiwillige Beiträge (Zahnenbank à 50 Pf.) zusammengebracht werden. Unter „Berichtendes“ erstattete der Kartell-Delegierte Bericht von der Tätigkeit des Kartells.

Lägerdorf. In der Versammlung am 16. Januar wurden 6 neue Mitglieder aufgenommen. Die Zahlstelle hatte im 4. Quartal 1899 eine Einnahme von 1012,74 Mk. Die Abrechnung wurde einstimmig anerkannt. Der Bevollmächtigte berichtete, daß das Kartell zu den Lohnabhängigen im Allgemeinen und dem Besonderen bei Lyon u. Co. Stellung genommen habe, die Firma habe es aber bisher nicht für nötig gehalten, zu antworten. Im Gegentheil habe man die Kaufmannsvereine (Arbeitervereine) auf das Bureau geschickt, wofür diese sich verweigert, eine für uns noch völlig unbekannt neue Arbeitsordnung zu unterzeichnen. Es sei selbstredend, daß diese Handlung für die Arbeiter im Allgemeinen nicht verbindlich sei. Das Kartell werde versuchen, die Befestigung der Marken und der neuen Ordnung auf gutlichem Wege zu erzielen und einen Streik zu vermeiden, obwohl die Sympathie auf Seiten der Arbeiter sei. Nachdem eine Anzahl Redner im selben Sinne gesprochen, erklärte sich die bis auf den letzten Platz gefüllte Versammlung einstimmig mit der Haltung des Kartells einverstanden. Das Kartell soll seiner gebeten werden, bei den Fabrik-Verwaltungen die Errichtung eines anständigen Speisesaales und einer zeitgemäßen Kantine zu beantragen. Den Mitgliedern wird empfohlen, bei Zugereisten streng zu kontrollieren, wie weit sie bezahlt haben. Der Bevollmächtigte erklärte auf die Beschwerde eines Fabrikmeisters hin, daß es nicht aller organisierten Arbeiter, überhaupt jedes auch nur einigermaßen gebildeten Menschen sei, Niemand, und wenn es der argste Feind sei, durch Schimpfreden usw. auf der Straße oder sonstwo anzupöbeln. Beschwerden gegen Meister usw. nimmt das Gewerkschaftskartell jetzt entgegen. Nachdem der besagte Frau Wittwe M. noch 10 Mk. bewilligt wurden und der Vorsitzende zur Eintreibung und zur Unterfütterung der Arbeiterpreise aufgefordert hatte, wurde die imposante Versammlung um 9 Uhr geschlossen.

Leipzig. In der Versammlung am 21. Januar erstattete Kollege Lohr den Kassenbericht für das 4. Quartal 1899. Danach hatte die Kasse eine Einnahme von 806,09 Mk. und eine Ausgabe in derselben Höhe. Die Lokalkasse erzielte eine Einnahme von 582,58 Mk., der eine Ausgabe von 200,63 Mk. gegenübersteht, so daß ein Kassenbestand von 381,95 Mk. verbleibt. Die Zahl der Mitglieder betrug am 1. Januar 1900 562, von denen 370 männlich und 192 weiblich waren. Hierauf erstattete der Vorsitzende des Agitationskomitees seinen Bericht, worauf auf Antrag der Revisionen dem Vertrauensmann Decharge erteilt wurde. Bei den nun vorgenommenen Wahlen wurde Kollege Lohr als erster und Kollege Däniger als zweiter Vertrauensmann gewählt. Ins Agitationskomitee wurden einstimmig die Kollegen Sommer, Schulze und Jemisch gewählt. Als Revisionen gingen die Kollegen Schäfer, Koss und Schlippe aus der Wahl hervor. Hieran schloß sich die Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskartell, die auf die Kollegen Schulze und Sommer fiel. Dem bisherigen Vertrauensmann wurde eine Vergütung für seine Mühe und Auslagen bewilligt. Den ausgeparteten Formstücker wurden 40 Mk. bewilligt. Kollege Schulze führte in längerer Rede aus, welchen Standpunkt das Gewerkschaftskartell zur Buchdruckerfrage einnimmt. Die Versammlung beschloß, in der nächsten öffentlichen Versammlung, in der auch die Verbandsbuchdrucker ihre Meinung äußern können, die Buchdruckerfrage noch einmal zu erörtern. Zum Schluß forderte der Vertrauensmann die anwesenden Kollegen und Kolleginnen auf, auch in diesem Jahre fleißig für die Stärkung und Kräftigung des Verbandes zu agitieren, damit wir für die Besserung unserer wirtschaftlichen Lage eintreten können.

Ludwigshafen. Am 20. Januar tagte unsere Mitgliederversammlung. Der zweite Bevollmächtigte erstattete den Vierteljahresbericht. Abdann wurde zur Rechnungslegung geschritten. Gebeitreten sind 127 Personen, ausgetreten 84, zugereist 2, abgereist 4. Die Mitgliederzahl beträgt gemeinsam, einschließlich der Mitglieder in Griefenheim, 303, darunter 4 weibliche. Die Einnahme, einschließlich Eintrittsgeld und Streifenbeiträge, betrug 539,85 Mk., hiervon wurden an die Hauptkasse abgeliefert 310,05 Mk.; die lokalen Ausgaben betragen 124,30 Mk., in der Lokalkasse wurden 119,25 Mk. zurückgehalten. Die Revisionen bestätigten die Richtigkeit der Rechnungslegung und wurde dem zweiten Bevollmächtigten K. Hirsch Decharge erteilt. Ferner wurde beschlossen, 3000 Laufzettel für die am 4. März stattfindende öffentliche Versammlung, in welcher der Arbeitsekretär Ragenstein aus Mannheim einen Vortrag halten wird, anzusetzen und zu vertheilen zu lassen.

Metteln. Eine sehr gut besuchte öffentliche Versammlung, es waren gegen 250 Personen anwesend, tagte am 28. Januar im benachbarten Proßdorf im dortigen Gasthause. Tagesordnung: 1. Der Arbeiter im heutigen Produktionsystem. Debatte. Gewerkschaftliches. Das Referat hatte Genosse Hugo Krüger-Dresden übernommen. Redner legte in 1½stündiger Rede den Anwesenden nahe, wie notwendig es ist, daß sich die Arbeiter, um der Ausbeutung durch die Unternehmer einen Damm entgegen zu setzen, zusammenschließen, organisieren. Mit einem kräftigen Appell an die Versammlung, recht zahlreich dem Verband der Fabrik-, Hand-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen beizutreten, schloß Redner unter dem Beifall der Anwesenden seinen Vortrag. Die Debatte gestaltete sich insofern interessant, als verschiedene Redner Beispiele aus ihrem praktischen Leben zum Besten gaben, aus denen die Nothwendigkeit einer Organisation zu ersehen war. Der Vorsitzende Kollege Herzog erläuterte noch ausführlich die wichtigsten Punkte des Statuts und wies so den Anwesenden nach, welchen praktischen Werth der Anschluß an die Organisation habe. Ferner schilderte er noch aus eigener Erfahrung die Lage der Landarbeiter und des Gefindes, getheilt in kurzen aber scharfen Worten die Gefindesordnung und meinte, daß es endlich an der Zeit sei, daß die Arbeiter mit diesem Uebelstand aus der Feudalität aufzukommen. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung wurde die Versammlung geschlossen. Aufgenommen wurden ca. 20 Personen.

München-West. Am 14. Januar, Vormittags 10 Uhr, tagte unsere Versammlung. Der Bericht des 2. Bevollmächtigten wurde entgegengenommen und von den Revisionen bestätigt. Für den zweiten Bevollmächtigten, welcher zurücktritt, wurde der Kollege K. Schmidt und als Ersatzmann R. Bindinger vorgeschlagen. Als Kassier für die Lokalkasse wurde Kollege Schamberger wiedergewählt. Unter „Wirtschaftliche Rundschau“ wies Kollege Schmidt darauf hin, daß gerade unser Verband der Gegenstand polizeilicher Verfolgung sei, daß auch die Unternehmern darnach

streben, dem Verbandsentgegenzutreten. Nach alledem sei es Pflicht der Kollegen, für die Organisation thätig zu sein. Darauf nahm die Versammlung zu dem Unterführungszweck Stellung und wählte eine fünfköpfige Kommission.

Vorschlüsse. Eine gut besuchte Versammlung der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen tagte am 20. Januar im Deutschen Hause. Genossin Frau Inse sprach über das Thema: „Die Bekämpfung eines organisierten Arbeiters“. In ihrem einständigen Vortrag legte Rednerin die Pflichten und Lasten eines Arbeiters in recht gemeinverständlich Weise dar. Daß die Anwesenden mit den Ausführungen der Referentin einverstanden waren, zeigte der nicht erdenkliche Beifall am Schlusse des Referats. Im 2. Punkte der Tagesordnung, Kassensbericht, legte der Kollege Thiemig den Kassensbericht vom vierten Quartal vor, dessen Richtigkeit von den Revisoren bestätigt wurde. Im 3. Punkte, Gewerkschaftliches, erläuterte Kollege Rimmich die Notwendigkeit einer eigenen Kasse für die Fabrikanten. Ein dahingehender Antrag wurde einstimmig angenommen und die Kollegen Schumann als erster, Wolf als zweiter Vertrauensmann, Schreier und Kreyßler als Revisoren gewählt. Nach einem kräftigen Schlußwort der Referentin erreichte die Versammlung ihr Ende. Hoffentlich ist damit der Grundstein zu einer strammen Organisation der Fabrikarbeiter im Plauenischen Grunde geschaffen.

Rothenburgort. Am 17. Januar tagte unsere Mitglieder-Versammlung bei v. Egen. Der erste Bevollmächtigte hieß die recht zahlreich erschienenen Mitglieder zu der ersten Versammlung im neuen Jahre herzlich willkommen und forderte sie auf, auch in Zukunft immer so zahlreich zu erscheinen. Die vom Kassierer vorgelesene Abrechnung wurde von der Versammlung für richtig anerkannt. Der Kartellbericht wurde von Schwarz erstattet. In der ziemlich lebhaften Diskussion über das zu gründende Arbeitersekretariat in Hamburg vertraten alle Redner die Ansicht, daß bei den Mitgliedern dahin zu wirken sei, daß sie dafür stimmen, daß dieses Institut nur gewerkschaftlich organisiert unentgeltliche Auskunft erteilt. Als Kartelldelegierte wurden die Kollegen Schwarz und Müller wiedergewählt. Als dritter Revisor wurde Lieblich vorgeschlagen. Ein Antrag des Kartells, welcher die Gründung einer guten Bibliothek bezweckt, fand die Zustimmung der Versammlung.

Schiffel. Am 20. Januar tagte unsere Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn C. Bode. Die Bevollmächtigten beantragten, den Hilfskassieren für die Aufnahme einer Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse eine Erhöhung ihrer Bezüge um 3 Prozent zu gewähren. Dieser Antrag wurde angenommen. Darauf forderte der 1. Bevollmächtigte die Mitglieder und Hilfskassierer auf, die Statistik ordnungsmäßig und wahrheitsgetreu auszufüllen. Unter „Verbandsangelegenheiten“ legte der 1. Bevollmächtigte die Abrechnung vom Sylvesterabend vor, welche von der Versammlung für richtig befunden wurde. Nachdem wurden zwei Kollegen, welche durch Krankheit in Roth gerathen waren, mit 20 Mk. unterzogen. Die Zustände auf der Zuckfabrik wurden dann einer Kritik unterzogen. Zum Schluß forderte ein Hilfskassierer die Mitglieder auf, sich bei eintretendem Wohnungswechsel bei der Verwaltung oder den Hilfskassierern umzumelden.

Wilhelmsburg-Georgswerder. Sonntag, den 14. Januar, tagte unsere Mitglieder-Versammlung im Lokale des Gastwirths Sonnborn. Zum 1. Punkte der Tagesordnung referierte Genossin Lauffötter-Hamburg über das Thema: „Volkswirtschaftslehre“. Rednerin erlaubte sich seines Vortrages in leicht verständlicher und für die Mitglieder lehrreicher Weise. Zum 2. Punkte, Abrechnung, giebt Kollege Böhrs den Kassensbericht. Dieser ergibt eine Einnahme von 123,50 Mk., davon sind an die Verbandskasse abgehandelt 69,33 Mk., jedoch ein Vorkassensbestand von 21,92 Mk. verbleibt. Der Mitgliederbestand beträgt 63 männliche und 3 weibliche. Dem zweiten Bevollmächtigten Böhrs wird Decharge erteilt. Im 3. Punkte wird Kollege Karl Koch als dritter Bevollmächtigter an Stelle des bisherigen, Kollegen Dalks, vorgeschlagen und A. Neumann als Hilfskassierer gewählt. Im Weiteren wurde beschlossen, 12 Plakate anfertigen zu lassen, welche in Wirtschaften ausgehängt und auf das Bestehen unserer Zehlfische und den Zweck und Nutzen des Verbandes hinweisen sollen. Auch wurde beschlossen, in diesem Sommer ein Stiftungsfest abzuhalten. Hierzu wurde eine Kommission von 4 Mann gewählt, welche die nöthigen Vorarbeiten soll.

Wolgast. Am 13. Januar tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Der erste Bevollmächtigte gab einen Ueberblick über die in Frage kommenden Bestimmungen über Lohnzahlungen und Lohnneubehaltungen nach dem Bürgerlichen Gesetzbuche. Nach einer ausführlichen Diskussion wurde im Gewerkschaftlichen die Behandlung der Arbeiter und Arbeiterinnen auf der hiesigen Seidenfabrik erörtert, darauf wurde vom Kollegen Reimer der Kartellbericht gegeben. Nachdem von dem anwesenden Vorsitzenden des Kartells die Uebelstände klargestellt und erledigt waren, trat Schluß der Versammlung ein.

Gingefandt.

Braunschweig. Ein sehr großes Arbeitsfeld ist auch hier noch für unsere Verbandskollegen vorhanden, trotzdem in den letzten Monaten unsere Zahl sich verdoppelt hat. Denn von den hier anwesenden ca. 10.000 Hilfsarbeitern sind jetzt kaum 1000 organisiert. Bei den männlichen Arbeitern geht die Agitation schon ganz gut von statten, aber bei den Frauen ist sie schwieriger, denn unter braunschweigisches Vereinswesen, welches dem schaffischen noch als Leuchte dienen kann, gestattet den Frauen nicht, an Versammlungen theilzunehmen, in welcher öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollen. Und was sich Alles durch die Kritik „öffentliche Angelegenheiten“ bringen läßt, dafür sind uns schon genügend Proben abgelegt worden. Die Lage der Arbeiter in der Zuckerindustrie ist hier wohl die schlechteste von allen; um diese Lohnfluten zur Organisation heranzuziehen, war schon mancher Vorstoß gemacht worden, aber leider immer mit wenig Erfolg. In letzter Zeit aber war es auch diesen Arbeitern in dem Sinn gekommen, daß sie wohl etwas mehr verdienen müßten. Hauptächlich gilt Gesagtes von den Arbeitern der Zuckerraffinerie „Braunschweig“. Durch Verkürzung der Arbeitszeit war der Verdienst erheblich gesunken, der Lohn betrug für 11stündige Arbeitszeit für männliche Arbeiter 1,80 Mk., für weibliche 1,20 Mk., und die Unzufriedenheit war immer größer geworden, und unter diesen Umständen wurden unseren Verbandskollegen die Wege geklärt. Ja kurze Zeit vor der größten Theil der Arbeiter und Arbeiterinnen unserem Verbands beizutreten; es wurden Forderungen gestellt betreffs Verkürzung der 11stündigen Arbeitszeit und entsprechende Erhöhung der Löhne, sowie Abschaffung der noch herrschenden Mißstände. Die Direktion antwortete brieflich unserem 1. Bevollmächtigten, daß sie nicht gewillt sei, mit der Direktionverwaltung (welcher die Sache übertragen war) in Verhandlung einzutreten, wenn ihre Arbeiter Wünsche hätten, können sie solche persönlich selbst vorbringen. Letzteres geschah denn auch, und jedenfalls in dem Bewußtsein, eine organisierte Masse vor sich zu haben, welche die Direktion keine Zugeständnisse betreffs Erhöhung der einzelnen Mißstände, im Allgemeinen wurde wenig geändert. So einer darauffolgenden Mitglieder-Versammlung wurden drei Kollegen beauftragt, da ein weiterer Brief der Direktionverwaltung unentworfelt blieb, die Direktion selbst aufzusuchen und eventuell in Verhandlungen einzutreten; dieses geschah und die Unterhandlung fand statt. Die Direktion erklärte sich bereit, die event. Mißstände abzuschaffen und auch eine kleine Lohnzulage zu gewähren, aber die 11stündige Arbeitszeit könne unmöglich fallen. Da die Verkürzung schon sich die Richtung mit der Verkürzung der Fabrik und die Behauptung die Arbeiter wären zufrieden, wenn sie nicht von einigen Unzufriedenen verhetzt worden seien. Hierauf wurde von unseren Kollegen die ge-

hörende Antwort gegeben und auch zugleich darauf hingewiesen, wie gleichartige Betriebe auch mit der 10stündigen Arbeitszeit auskämen und denselben Lohn zahlten, wie auf der Zuckerraffinerie für eine 11stündige Arbeitszeit bezahlt werde. Nach dem einige Stunden erklärte die Direktion, die Forderungen noch einmal zu prüfen und uns mehrere Nachrichten zukommen lassen zu wollen. Nach einigen Tagen erschien denn auch ein Buchhalter der betreffenden Zuckerraffinerie beim 1. Bevollmächtigten und brachte die Nachricht, daß die Direktion für männliche Arbeiter 2,00 Mk. zahlen wolle, Neute an verantwortungsvollen Stellen sollten 2,50 Mk. haben; den Arbeiterinnen wurde ein Zuschlag von 10 Pfg. gemacht, also 1,90 Mk. Auch wurde uns gestattet, die Lohnbücher einzusehen, was auch geschehen ist. In einer darauffolgenden Mitglieder-Versammlung wurde nach heftiger Debatte folgende Resolution, die von den unterhandelnden Kollegen vorgelesen war, einstimmig angenommen: „Die heutige Mitglieder-Versammlung des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen erklärt sich mit den bis jetzt gemachten Zugeständnissen seitens der Direktion der Zuckerraffinerie, Bahnhofstraße, vorläufig einverstanden und nimmt dieselben als Abschlagszahlung an. Sie spricht aber die Erwartung aus, daß an Stelle der jetzt gezahlten Arbeitslöhne ein der Höhe derselben entsprechender Stundenlohn gezahlt wird. Ferner erwartet die Versammlung, daß die Direktion die zehnstündige Arbeitszeit einführen und gleichzeitig auch denselben Lohn zahlen wird für 10 Stunden, wie jetzt für 11 Stunden. Auch erwartet die Versammlung, daß die Direktion die übrigen Mißstände so bald wie möglich beseitigen wird. Die Versammlung erklärt zum Schluß noch, daß sie gegen jede etwaige Maßregelung entscheidende Stellung nehmen wird.“ Die Kommission war überzeugt, daß unter den bestehenden Umständen vorläufig nichts mehr zu erreichen war. Mögen die Kollegen der Zuckerraffinerie ihr Klassenbewußtsein stärken und sich fest in der Organisation aneinandergliedern und die noch fernstehenden heranziehen, dann wird es ihnen auch möglich sein, zu gelegener Zeit weitere Zugeständnisse zu erringen. — Eine weitere Lohnbewegung entstand auf der Dampf- und Gasometerfabrik dadurch, daß versucht wurde, unseren beim Trommelrieten beschäftigten Kollegen etwas abzumachen. Es herrschte auf dieser Fabrik noch das System des gemeinschaftlichen Akkordes. Kein Arbeiter weiß, was er verdient hat. Däucht es jemandem, zu wenig verdient zu haben und wird vorstellig, dann wird geantwortet, es ist nicht so viel gemacht worden wie sonst. Einzelne von Meistern gut angelehene Leute verdienen ihr Geld immer, aber das Gros bekommt, was abfällt. Unsere Verbandskollegen waren so ziemlich dort organisiert in Folge rastloser Thätigkeit derselben, aber mit der Organisation der anderen Berufe, Schlosser, Schmiede und Kesselschmiede sah es traurig aus. Mißstände waren massenhaft vorhanden, aber alle aufzuführen, würde zu weit führen. Es wurde unseren Kollegen ein fester Akkord beim Riemen der Trommeln angeboten, wobei diese absolut nicht auskommen konnten. Bemerklich muß noch werden, daß die gelehrten Arbeiter in Folge der schlechten Organisation theilweise schlechtere Löhne erhielten als unsere Kollegen. Schlosser und Schmiede erhielten theilweise 2,90 Mk. bis 3,20 Mk., unsere Kollegen brachten es beim Riemen auf 3,50 Mk. Deshalb auch immer die Redensarten des Meisters, für das Geld kann ich gelehrte Leute bekommen, wenn es nicht mehr paßt, kann gehen. Unsere Kollegen müssen aber meistens dieselbe Arbeit machen wie die Gelehrten, das ist in diesen Betrieben einmal so üblich. Es fanden Besprechungen statt, und dann eine Versammlung, in welcher die Angelegenheiten erörtert wurden. Es war nun, als sei ein Funken ins Pulverfaß geschlagen; fast Alle traten den betreffenden Verbänden bei, es wurden Forderungen gestellt und durch die Agitations-Kommission der Metallarbeiter der Direktion der betreffenden Fabrik mitgetheilt; sie erhielt aber die Antwort, die Fabrikleitung lehne es aus prinzipiellen Gründen ab, mit der Kommission zu verhandeln und habe die Sache dem Verband der Industriellen übergeben. (Von dessen Vorsitzenden, Kommerzienrath Jüdel, war auch die Antwort eingelaufen.) Ferner würde die Direktion nur mit ihrem demnachst zu wählenden Arbeiter-Ausschuß verhandeln. Nach längerem Harten wurden plötzlich eines Morgens Statuten vertheilt. Es sollten nur solche Arbeiter zum Ausschuss wählbar sein, welche ununterbrochen 5 Jahre dasehst gearbeitet und 25 Jahre alt waren. Wählen sollten nur solche Arbeiter, welche 2 Jahre in der Fabrik gearbeitet und ebenfalls 25 Jahre alt seien. Hierauf große Entrüstung unter den Arbeitern, da an demselben Mittag auch die Wahl schon vor sich gehen sollte. Aber die Herren hatten die Rechnung ohne den Wirth gemacht. Unsere Kollegen stellten den Antrag, eine Kommission zur Ausarbeitung anderer Statuten zu wählen. Die Direktion beharrte auf ihrem Standpunkt. Wenn die Bestimmungen nicht paßten, der Kunde das Wahllokal verlassen, und geschlossen entzogen sich die Arbeiter des Bräudenbaues, die erfrun, welche zur Wahl kamen. Dies hatten die Herren jedenfalls nicht erwartet, denn die anderen Abtheilungen nahmen unseren Antrag an ohne weiteren Widerstand der Direktion. Diese Kommission hatte dann auch eine Sitzung mit der Direktion in Anwesenheit des Vorsitzenden des Gewerbe-Schiedsgerichts, Herrn Stadtrath v. Franzenberg, in welcher andere und wesentlich bessere Statuten ausgearbeitet wurden. Aber die Wahl zum Ausschuss verzögerte sich ungenügend; die Arbeiter wurden ungeduldig, nicht, daß sie große Hoffnungen auf den Ausschuss gesetzt hätten, aber die Sache drohte im Sande zu verlaufen. In Versammlungen wurde das Verhalten der Fabrikleitung sehr getadelt, da auch in Abtheilung der Mißstände wenig geschah. Am Sonnabend, den 9. Dezember, wurden plötzlich mehrere Arbeiter entlassen, wie nachher bekannt wurde, auf Betreiben des Verbandes der Industriellen. Dieses Provokationsmittel wurde von den Arbeitern durchschaut, denn offenbar dachten die Herren, da zu demselben Abend wieder eine Versammlung einberufen war, jetzt verhängen sie die Sperre oder lassen sich zu anderen Unbedachtlichkeiten verleiten; aber dieses fand trotz der Aufregung nicht statt, es wurde dringend davon abgerathen, den Herren Waffen in die Hand zu liefern, dagegen wurde beschlossen, die Gemahregelten genügend zu unterstützen, damit das bevorstehende Weihnachtsgeld nicht zum Krausestift für sie werde. Es wurde mit den Entlassungen unbedingt bezweckt, falls die Arbeiter die Sperre verhängten, Alle aufs Straßenpflaster zu setzen und dadurch den Organisationen Schaden zuzufügen, da doch die meisten Arbeiter der Gasometerfabrik erst ganz kurze Zeit organisiert waren. Dieses ist dem Verband der Industriellen nicht gelungen. Die Arbeiter stehen jetzt denn je zusammen. Die Gemahregelten, welche fest alle unserem Verbands angehört, haben alle, bis auf einen, jetzt wieder Arbeit gefunden. G. B.

Quittung.

Zeit dem 23. Januar gingen folgende Beträge ein: Ziegel 88,83; Alenburg 238,43; Letzin 17,60; Braitzgen 67,21; Höchst a. M. 41,20; Sagen 26,56; Forst 16,95; Gainshausen 41,10; Gubersleben 79,15; Ehligen 36; Gimsbüttel 115,45; Stadelhof 83; Schöningen 19,30; Rommes 132; Rebel 8,85; Wolgast 86,30; Eutin 73,15; Alfeld 22,52; Schiffel 415,59; Griesheim 20,43; Calbe 350; München 596,70; Berlin 168,25; Ansbach 24,18; Rendsburg 59,02; Braunschweig 406,92; Diebitz 79,63; Radeb. 1163,83; Olenstedt 129,12; Uetersen 40; Ehligerode 43,30; München 9,15; München 175,28; Sassen 2,09; Rendsburg 2,35; Mainz 100; Speyer 10; Gantenthal 113,20; Egin 35,60; München 29,30; Straß 11,10; Müggela 41,70; Deßau 703,16; Robernsdorf 14,90; Danzig 25; Sonneborn 41,20; Berlin 50; Thale 50,30; Cöthen 175; Burzen 72,15; Alfeld 38,51; Pommerensdorf 317,95; Bockenheim 56,40; Freytag 31,30; Sinden 198,16; Hannover N.-D. 179,60; Hannover 79,15; Anberken 10,50; Hamburg-Neuhorst 236,90; St-

bestheim 40,24; Cattenstedt 26,75; Thale 104,51; Alsbach 26,80; Mainz 75,41; Roswig 10,40 Mk. (Die in Nr. 2 quittierten 67,25 Mk. für Mainz sind für Bockenheim zu rechnen). Für Inzerate: Alfeld 3,65; Gimsbüttel 2,40; Raderdorf 5,25; Cöthen 2,50; Uetersen, zurückgeschickt 26; Speyer, zurückbezahlt 10 Mk. Für den Streitfonds: Götting a. M. 1,75; Wolgast 5,90; Eutin 11,04; München 47,70; Braunschweig 55; Radeb. 181,50; Olenstedt 28,90; Uetersen 3,05; Ehligerode 3,65; München 0,55; Freytag a. M. 2; Rendsburg 4,75; München 0,75; Danzig 1,20; Sonneborn 3,90; Berlin 6; Alfeld 3,55; Pommerensdorf 29,60; Sinden 5,45; Hannover N.-D. 4,70; Hannover 5,15; Stadelhof 5,05; Alsbach 4,50 Mk. Schluß: Dienstag, den 6. Februar, Mittags 12 Uhr.

Neue Adressen und Adressen-Veränderungen.

Gau 12. Eih Offenbach. Vorsitzender Alb. Orloff, Sandgrafenstraße 14. Kassierer Frau Erdger, Große Marktstraße 25. Altona. Georg Friedmann, Am Felde 108. Blankenese. Gustav Ritz, Rumboldtstraße 118. Bremen. Joh. Emshof, Herrnsstraße 118. Cöthig. Otto Feine, Hubertstraße 7. Ehligen. Viktor Weber, Mittlere Deutscherstraße 12. Götting. (Gau 5). Fritsch Paul. Landshut. Joh. Obermaier, Keulstraße. Leipzig. Vertrauensmann Rich. Däniger, Leipzig-Plagwitz, Mühlentstraße 15. Zelding i. S. Heinrich Otto, Goldbigerstraße 2. Wählein a. Main. Peter Lips III, Zimmerstraße 43. Wärschen-Halskirchen. Robert Scharf, Dreimühlentstr. 10. I. Ottenen. H. Ehler, Karl Theodorstr. 17, 8. St. Westph. Agitationsbez. Sachsen. Vertrauensmann Paul Schumann, Rittergut 1. Rosenheim (Bayern). Eugen Baumelster, Dampf-Wasch-Anstalt.

Sterbetafel.

Geint: Preis aus Wärschenburg, geboren am 30. Dezember 1873, eingetretten am 12. Dezember 1896, gestorben am 22. Januar 1900. W. Bant aus Gnoien, geboren am 5. Februar 1851, eingetretten am 1. März 1894, gestorben am 2. Januar 1900.

Briefkasten.

A. D., Blankenburg. Die betreffenden Stellen habe ich gefickt. Kein vernünftiger Mensch wird glauben, daß ich mir von den Geldern des Verbandes, oder daß ich mir überhaupt große Häuser baue. Und was so ein Einfaltspinsel sagt, das muß mir halt gleichgültig sein. Gruß. A. D. H. S., München. Für Berichte über Festlichkeiten fehlt uns der Raum. Gruß. Die Redaktion.

Inzerate.

Braunschweig. Unsere Versammlungen tagen alle 14 Tage im Gewerkschaftshaus, Werder 52. Die nächste tagt am 6. Februar. [45 Pf.] Cöthig. Unsere Versammlungen tagen jeden Montag vor dem 1. und 15. eines jeden Monats in der Wirtschaft „Zum Gambrinus“. [45 Pf.]

Zahlstelle St. Georg.

Mittwoch, den 14. Januar, Abends 8 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn Sömmel, Nagelsweg 31. Tagesordnung: 1. Vortrag über: „Rechte und Pflichten des Miethers“. 2. Kartellbericht. 3. Janere Verbandsangelegenheiten. 4. Bericht des Kassierers. Um zahlreichem Besuch bitten Die Bevollmächtigten. (1,20 Mk.)

München-Halskirchen.

Jeden 3. Sonntag im Monat, Nachmittags: Versammlung im Versammlungslokal Brauerei Halskirchen. [60 Pf.]

Meissen.

Montag, den 12. Februar, Abends 8 Uhr: Öffentliche Versammlung der Einzelmitglieder in Meissen und Umgebung im „Thurnhaus“ (Gartenzimmer). Tagesordnung: Wahl eines Delegierten zur Konferenz in Dresden. Zahlreichen Besuch erwartet (1,05 Mk.) Der Einberufer.

Zahlstelle Hirschberg.

Sonntag, den 18. Februar, Nachm. 3 Uhr: Mitglieder-Versammlung und Vorschlag der Bevollmächtigten im Café; an langen Hause. Um zahlreichem Erscheinen der Mitglieder ersuchen (90 Pf.) Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Hohlheim.

Sonntag, den 25. Februar, Nachm. 1 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Goldenen Kreuz. Das Erscheinen aller Kollegen dringend erwünscht. Die Bevollmächtigten. [80 Pf.]

Jatznick.

Unsern Kollegen Karl Rammien zu seiner Hochzeitfeier ein donnerdes Hoch! (75 Pf.) Die Verbandskollegen.

Zahlstelle Schönebeck.

Am Sonnabend, 17. Februar, feiert die Zahlstelle im großen Saale des Stadt-Parks ihr

I. Stiftungsfest.

Das Programm besteht in humoristischen Vorträgen, unter Mitwirkung der Gesellschaft Strzelowicz aus Berlin, und Ball. Der Preis der Programme ist auf 20 Pf. a Person festgesetzt und sind solche zu haben bei den Bevollmächtigten, den Hilfskassierern, im Vereinslokal, Sonntag. 16 und in der Spewerwirtschaft von Hermann Schumann. Um recht rege Theilnahme bitten (1,95 Mk.) Das Festkomitee.

Zahlstelle Bernburg.

Sonntag, den 25. Februar, Abends 7 Uhr, findet im Verbandslokal Thüringer Hof unser

Wintervergnügen

bestehend in Konzert, Theater und Ball, statt. Entree 10 Pf. Tanzkarten für Nichtmitglieder 60 Pf. Hierzu ladet die Mitglieder, sowie alle Freunde und Gönner der Arbeiterfrage ganz ergebenst ein (1,20 Mk.) Das Komitee.

Flensburg.

Wir machen die Mitglieder darauf aufmerksam, daß am

Stiftungsfest mit Ball

im Holsteinischen Hause stattfindet. Um zahlreiches Erscheinen bitten (1,20 Mk.) Der Vorstand.